

Von Andreas
Rosen
Weltfriedensdienst
e. V.



Foto: privat

Der Teppich des Verdrängens

Wegsehen und Verdrängen haben hierzulande Tradition. Zuletzt zeigte sich dies Anfang der 90er Jahre, als Flüchtlingsheime

brannten und „irgendwie anders“ aussehende Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln und andernorts attackiert und ermordet wurden. In Eberswalde schaute eine Stadt, einschließlich der Polizei, weg; als rechte Jugendliche den Angolaner Amadeu Antonio totschiugten. Rostock und Solingen wurden jedoch nicht als die zivilisatorischen Ruinen einer demokratischen Gesellschaft gesehen, sondern lediglich als bedrohliche Ausschläge des sensiblen Seismographen für das außen- und wirtschaftspolitische Ansehen Deutschlands wahrgenommen.

Mit den Lichterketten erlosch 1994 auch das öffentliche Interesse: Rassismus in Deutschland war höchstens noch eine Randnotiz wert. Spürbar fegte der Wind der Erleichterung über diese Republik hinweg, als drei Tage nach dem mörderischen Brand im Flüchtlingsheim von Lübeck im Januar 1996 die Entwarnung kam: Es war doch keiner von uns! Seither können offenbar nicht einmal die extremen Widersprüche in den Ermittlungen diese kollektive Selbstvergewisserung – „es ist doch alles nicht so schlimm“ – erschüttern.

Es scheint, als liegt der Teppich des Verdrängens über diesem Land. Was nicht sein darf, soll nicht sein. Wer aber unter den Teppich schaut, der sieht: Zum Beispiel in Mahlow, einem Ort bei Blankenfelde im Umland von Berlin. Dort wurden drei schwarze britische Bauarbeiter am 16. Juni Opfer eines Übergriffs. Auf dem Mahlower Bahnhofsplatz wurden sie als „Nigger“ beschimpft. Als sie wegfuhrten, wurde ihr Auto von einem Golf verfolgt und überholt. Aus diesem wurde ein großer Feldstein in das Auto der Briten geworfen. Der Wagen überschlug sich und prallte gegen einen Baum. Einer der Bauarbeiter liegt seither querschnittsgelähmt und künstlich beatmet im Krankenhaus. Die Täter sind unbekannt. Das ganze

Dorf hat nichts gesehen und schweigt, kein Mitleid und keine Solidarität mit den Angegriffenen. Die Jugendlichen, die über zwei Jahre hinweg die Bauarbeiter und andere Ausländer terrorisierten, will niemand kennen. Oder in der Stadt Brandenburg, wo kürzlich ein Jugendlicher einem pakistanischen Asylbewerber eine Gaspistole an die Schläfe hielt und abdrückte. Und schließlich in Berlin-Mahrszahn, dort wird eine deutsch-türkische Familie mit ihrem behinderten Kind von Jugendlichen derart tyrannisiert, daß nur noch der Auszug bleibt. Drei alltägliche Beispiele, die Liste ist fortsetzbar.

Die verantwortlichen Stellen in Politik und Justiz verharmlosen solche Vorfälle. Dies zeigen auch die Überfälle auf den Zeltplätzen in Mecklenburg-Vorpommern. Oberflächliche Erklärungsmuster wie Jugendarbeitslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Alkohol verstellen da nur den Blick auf die Realität. Die Entpolitisierung solcher Übergriffe und Zustände verweist auf eine fehlende kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rassismus. Unser eigentliches Problem ist der zutiefst unmenschliche politische und gesellschaftliche Umgang mit Flüchtlingen und Immigranten. Fehlende politische Rechte, eine Sondergesetzgebung namens Ausländergesetz, Sachleistungen und Sammelunterkünfte für Flüchtlinge, Abschiebegefängnisse und Abschottung an der Grenze seien hier nur als Stichwörter genannt. Einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin zufolge starben 1994/95 mehr Menschen bei dem Versuch, in dieses Land zu gelangen oder zu bleiben, als bei rassistischen Übergriffen. Es waren über 30 Menschen, die in Oder und Neiße ertranken, in Containern erstickten oder sich im Abschiebegehwarsam erhängten. Was ist mit ihnen? Selber schuld, oder hat es nicht doch etwas damit zu tun, wie wir hierzulande unser Zusammenleben organisieren? Ebenso wie seinerzeit die Asyldebatte, der die pogromartigen Übergriffe folgten, setzen solche politischen und innergesellschaftlichen Standards Signale, wie hier mit derartig ausgegrenzten Menschen anscheinend umgegangen werden darf. Wer einer solchen gesellschaftlichen Entwicklung nicht tatenlos zusehen will, der muß endlich die Augen öffnen und aufstehen, in Mahlow, Plau am See, in Lübeck und anderswo.